

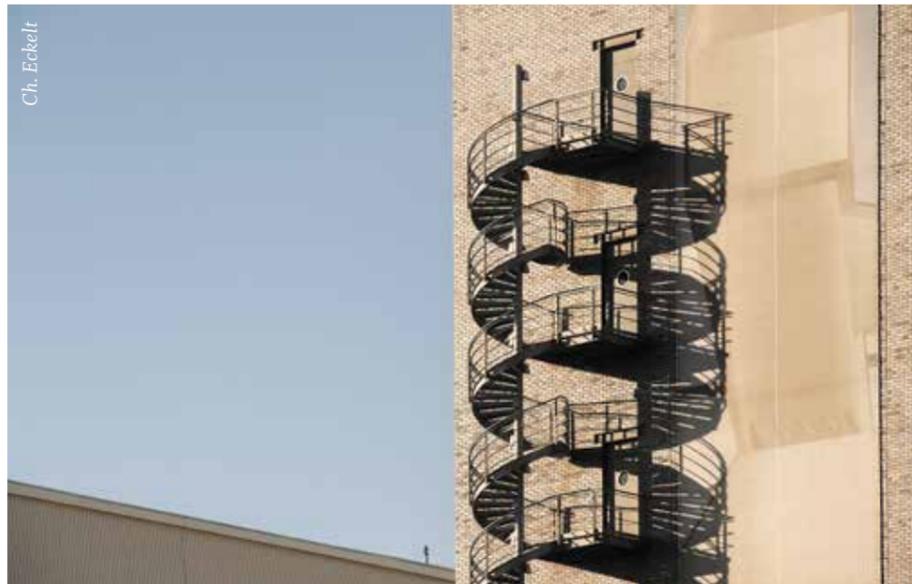
nr. 1 – februar 2014

ecke köpenicker

[Seite 4:](#) Verkehrskonzept – Veranstaltung am 11. März [Seite 6/7:](#) Stadtrat v. Dassel im Interview
[Seite 9:](#) Reichen die Grundschulplätze? [Seite 10:](#) Das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt



*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



Welche Ecke?

Kennen Sie sich im Gebiet gut aus? Dann erraten Sie sicher, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Büchergutschein im Wert von 20 Euro. Einsendeschluss ist Montag, der 3. März. Wir freuen uns über Ihre Einsendungen!

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten mit dieser Zeitung die erste »Ecke Köpenicker« in der Hand – eine Publikation für den Stadtteil Nördliche Luisenstadt, die Sie von nun an regelmäßig über das Geschehen in ihrem Gebiet rund um die Köpenicker, Luisen- und Brückenstraße informiert. Sie wird vom Bezirksamt Mitte von Berlin herausgegeben und erscheint künftig achtmal im Jahr.

Hintergrund ist, dass 2011 Teile der Nördlichen Luisenstadt zwischen Jannowitzbrücke und Engelbecken zum Sanierungsgebiet.

Derzeit ist im Gebiet vieles im Umbruch – sehr unterschiedliche Milieus treffen hier aufeinander, so wie es auch von vielen bauhistorischen Schichten geprägt ist. Brachen werden erschlossen, der Investitionsdruck ist hoch, das Spreeufer und Wohnungsbau sind wichtige Themen, aber auch soziale Infrastruktur, Verkehrskonzepte und vieles mehr. (siehe auch S. 10).

Der Bezirk ermöglicht nun für die nächsten Jahre ein regelmäßiges, werbefreies und kostenloses Informations- und Debattenforum. Wir, die Redaktion, sind freie Journalisten, die nach einer öffentlichen Ausschreibung

in einem Juryverfahren vom Bezirk mit dieser Zeitung beauftragt wurden.

Wir werden in dieser Zeitung künftig über aktuelle Planungen in dem Gebiet berichten, unterschiedliche Akteure, interessante Menschen und Vorhaben vorstellen, die öffentlichen Debatten über das Geschehen im Stadtteil begleiten und anregen. Und vor allem möchten wir Sie als Leser dazu einladen, sich daran zu beteiligen: mit Leserbriefen, eigenen Beiträgen oder Themenvorschlägen, anregenden und kritischen Anmerkungen. In dieser Zeitung sollen unterschiedliche Stimmen ein Forum finden, um die Vielfalt der Sichten auf das Gebiet zu spiegeln. Ihre Meinung ist uns wichtig! Deshalb laden wir Sie zu einer ersten öffentlichen Redaktionssitzung ein, auf der wir uns persönlich begegnen und austauschen können. Natürlich interessiert uns dabei auch Ihre Meinung zu dieser Zeitung! Unsere Telefonnummer, Mail- und Postadresse finden Sie im Impressum.

Wir hoffen, Sie mit einer informativen wie unterhaltsamen Zeitung ansprechen zu können, und freuen uns auf Ihre Resonanz und auf interessante Debatten!

Die Redaktion

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt:

Die BV trifft sich jeden dritten Dienstag im Monat (im Februar jedoch schon am 11.2.) um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin, direkt am U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße. In der Betroffenenvertretung kann sich jeder engagieren. Es genügt, dreimal dabei gewesen zu sein, um stimmberechtigtes Mitglied zu werden.

Bürgerversammlung zum Thema Verkehr:

Das Bezirksamt Mitte lädt ein zur öffentlichen Bürgerversammlung zum Verkehrskonzept Nördliche Luisenstadt. Vorstellung und Diskussion der Untersuchungsergebnisse am Di, 11. März, 18.30 Uhr, in der Evangelischen Schule Berlin Zentrum, Wallstraße 32, 10179 Berlin, Forum im 1. Hof, Erdgeschoss

Veranstaltungen des Bürgervereins Luisenstadt:

Sa 15.3., 10.30 Uhr Führung durch den Historiker Dr. Splanemann »Die Verkehrsadern in der Luisenstadt«, Treffpunkt Aufbauhaus, Moritzplatz

Do 27.3. 20.15 Uhr Vortrag des Filmautors Volker Kühn: »Der Jüdische Kulturbund-Geschlossene Gesellschaft« im Stammtisch Aufbauhaus, Moritzplatz

Offene Redaktionssitzung:

Samstag, 22.2., 15 Uhr, Café am Engelbecken

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung

Redaktion: Nathalie Dimmer, Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Nächster Redaktionsschluss: 24. 2. 2014

Blaue Stunde

Der Maler Eici Sonoda lebt und arbeitet in der Rungestraße 20 – seine Berlin-Bilder entstehen aber auf der Straße

Stille. Zwischen die sparsamen, bedächtig tröpfelnden Sätze von Eici Sonoda fällt immer wieder Stille.

Ein fast andächtiges Schweigen. Man hat dann Zeit, die kleinen Farbspuren auf den Holzdielen zu betrachten, vor allem aber die Bilder an der Wand. Ölbilder, Stadtlandschaften. Die Spree. Warme Brauntöne, kühle Blautöne. Impressionistische, dennoch klare Bilder der damals noch ungeschminkten Berliner Mitte. Ein Bild heißt »Blaue Stunde«. Im Hintergrund hört man leise Jazz.

Eici Sonoda ist ein schmaler Mann mit langen, zu einem Zopf gefassten und leicht von Grau durchzogenen Haaren. Er nennt sich selbst »Straßenmaler« – was klar untertrieben ist. Noch vor ein paar Tagen war er trotz der Arschkälte auf den Straßen mit seinem kleinen handlichen Malkasten unterwegs, in dem die Farben und die Leinwand untergebracht sind. Er hat mehrere solcher Kästen. Im Raum riecht es an diesem Sonntagabend herrlich nach Terpentin und Drucker-schwärze – überall sind Druckgrafiken ausgebreitet. Morgen wird es hier schon wieder nach indischer Linsensuppe duften, oder nach italienischer Tomatensuppe. Außerdem gibt es Sitzgelegenheiten, eine Theke, zwei Fahrräder und zwei Tafeln, auf denen mit Kreide die Preise für Tee, Kaffee und Suppen verzeichnet sind.

Kraftwerk und Kohi

Seit 2001 betreibt Eici Sonoda im Erdgeschoss der Rungestraße 20 die Galerie Kraftwerk und begründete den Kunstverein Kraftwerk e.V. mit. »Wir wollten uns von kommerziellen Galerien abgrenzen. Wir machten Themenausstellungen wie »Kinderwelten«, »Blues« oder »Arbeit«. Weil die Galerie aber allein nicht finanziell tragfähig war, wurde sie 2008 um das Bio-Café »Kohi« erweitert.« Kohi ist das japanische Wort für Kaffee, auf dem Tresen steht eine prima Kaffeemaschine. Jeden Morgen schwingt sich Eici auf eines seiner beiden Fahrräder und fährt zum Einkauf für die veganen Süppchen, die er täglich frisch kocht. Das hindert kurioser-

weise die Schauspielschüler aus der Runge 20 nicht daran, hier mittags ihr mitgebrachtes Sushi zu verzehren. Eici Sonoda stört das nicht: »Das sind doch noch fast Kinder«, sagt er mit sanfter Nachsicht. Jedenfalls haben die Suppen und der gute Kaffee offenbar die Hemmschwelle der Bewohner gesenkt, eine Galerie zu betreten. Sie kommen jetzt oft vorbei.

Berliner Momentaufnahmen

Eici Sonoda trinkt bedächtig einen Schluck heißen Wassers, sein Blick wandert oft auf dem Fußboden herum. Er ist alles andere als ein Selbstdarsteller. Dabei hat er einiges zu erzählen und ein beachtliches Werk vorzuweisen, das sich in den letzten Jahren vor allem seiner Heimat Berlin widmete: Seine Bilder, die unter freiem Himmel immer an einem einzigen Tag entstehen, sind lebendige, flirrende Szenen aus Kreuzberg, dem alten Charlottenburg am unteren Ende der Wilmersdorfer. Bilder aus Neukölln, Mitte, vom Kotti, dem Görlitzer Bahnhof, dem Monbi, Nachtbilder.

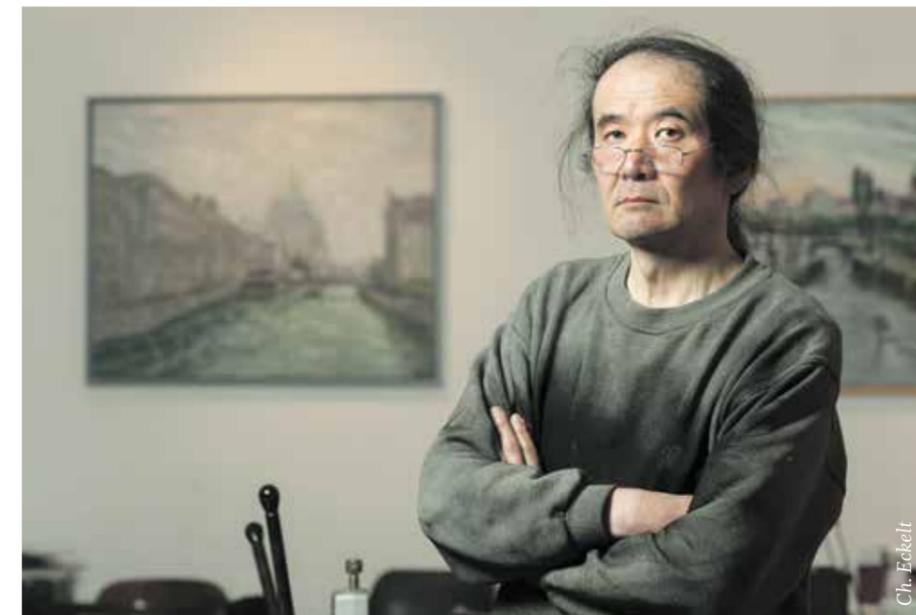
Eici Sonoda ist Kind eines japanischen Musikerpaars, geboren 1958 in Tokyo, doch schon 1959 kehrte seine Mutter mit ihm nach Berlin zurück, wo die Eltern arbeiteten. Bis 1977 verbrachte er dann Kindheit und Jugend in Baden-Baden, ab und an hört man seinen Sätzen noch einen leichten badischen Akzent an. 1978 kehrte er wieder nach Berlin zurück. Warum er bei der Malerei landete und nicht bei der Musik, wie seine Eltern, kann er schwer sagen. »Vielleicht war die Musik zu dicht dran.« – Pause. – »Vielleicht war ich jemand, der gern träumt. Ich setze mich gerne hin und konzentriere mich auf

einen Punkt. Und die Farben müssen harmonisieren. Das ist eine Frage der Dosierung. Genau wie in der Musik geht es darum, den richtigen Ton zur richtigen Zeit zu finden.« Schon während der Schulzeit begann er zu malen, nach dem Abitur trampte er quer durch Europa, zeltete, besuchte Museen, arbeitete in Restaurants und als Erntehelfer und malte auf der Straße, in Südfrankreich, Paris, Florenz, Tunesien. Besonders das intensive Licht des Mittelmeerraums faszinierte ihn. Sein Handwerk lernte er dabei autodidaktisch bei japanischen Plein-Air-Meistern, die sich an der klassischen französischen Moderne orientierten. Was Sonoda leichthin »Straßenmalerei« nennt, ist Freilichtmalerei, der Verzicht auf das geschützte Atelier. Man kann das nur vor Ort lernen, schrieb er einmal, sie erfordere lebenslanges Studium. Anstatt viele Worte zu machen, drückt er einem aber lieber einen kleinen Katalog in die Hand, mit Kreuzberg-Bildern und einem Text von ihm. Am meisten begreift man sowieso, wenn man seine Bilder betrachtet, in denen man vielfältige Einflüsse entdeckt: japanische Malerei, Impressionismus, Expressionismus, Moderne.

Zuhause in der Runge 20

Bis 2000 wohnte Eici Sonoda hauptsächlich in Kreuzberg. Dann wurde ihm das gerade neu entstehende Projekt in der Rungestraße vorgestellt: in einem Altbaukomplex, von der WBM verwaltet, sollten Wohnen, Ateliers, Kultur- und Gewerbeprojekte Platz finden. Ob er auch Interesse daran hätte? Zuerst war er skeptisch, ob das unmittelbare

Fortsetzung auf Seite 4



Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten, von so vielen Individualisten als Hausgemeinschaft funktionieren würden. Dann zog er doch mit seinen vier Kindern hierher, die er seit 13 Jahren allein erzieht. Und war überrascht, dass das Projekt Runge 20 doch ganz gut funktioniert.

Ein selbständiger Künstler, allein mit vier heranwachsenden Kindern, die Arbeit mit dem Kunstverein, der Cafébetrieb und außerdem die Sanierung, die überstanden werden musste – das sind verdammt viele Baustellen. Er habe dann sein Leben ein bisschen umgestellt, sagt Sonoda einfach. Kein Fleisch, kein Fisch, kein Alkohol, kein Tabak. Eici Sonoda trinkt noch einen Schluck Wasser. Dann geht er den »Tatort« gucken. Ein deutsches Ritual, sagt er. us

Bio-Café Kohi, Rungestr. 20, mo–fr 10–18 Uhr

Ein Verkehrskonzept für die Nördliche Luisenstadt

11. März:  ffentliche Vorstellung der Verkehrsanalyse

Der motorisierte Verkehr, insbesondere der permanente Durchgangsverkehr, ist ein Thema, das die Bewohner der Luisenstadt stark beschäftigt. Diese Erfahrung machte auch der Bürgerverein Luisenstadt, als er Ende November zu einer Bürgerversammlung zu diesem Thema in die Räume des Kulturvereins der anatolischen Aleviten einlud – etwa 100 Besucher kamen. Auf dem Podium saß unter anderem der zuständige Stadtrat Hans Panhoff (Grüne) aus Friedrichshain-Kreuzberg, aber kein Vertreter des Bezirksamts Mitte. Dafür waren aber auch die Verkehrsplaner der »Gruppe Planwerk« und der »Hoffmann Leichter Ingenieurgesellschaft« erschienen, die vom Bezirk Mitte mit der Entwicklung eines Verkehrskonzeptes für die Nördliche Luisenstadt beauftragt sind.



Am 11. März werden die Planer die Ergebnisse ihrer umfangreichen Untersuchungen auch auf einer öffentlichen Bürgerversammlung im »Forum« der Evangelischen Schule Berlin-Zentrum (Wallstraße 32) vorstellen.

Da ein Verkehrskonzept für das Sanierungsgebiet aber nur sinnvoll im Zusammenhang mit dessen Umgebung ist, wurde zu mehreren Aspekten gleich die gesamte Nördliche Luisenstadt untersucht: Zum Beispiel der Parkraum, der vor allem an Werktagen tagsüber sehr knapp ist und aufgrund der regen Neubautätigkeit im Gebiet in Zukunft sicher noch knapper werden wird.

Für das gesamte Gebiet werteten die Planer auch die Unfallstatistiken aus und analysierten diverse Unfallschwerpunkte. Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen konnten sie allerdings aufgrund des Aufwandes nur im östlich der Heinrich-Heine-Straße gelegenen Teil der Nördlichen Luisenstadt vornehmen. Dabei stellte sich heraus, dass vor allem nachmittags die Nebenstraßen als Durchgangsstraßen genutzt werden.

Die Frage, die die Planer gern mit den Anwohnern diskutieren möchten, ist vor allem, mit welchen Maßnahmen man den erkannten Problemen wirkungsvoll begegnen kann. Die Frage ist kniffliger, als sie auf den ersten Blick erscheint. Denn zum Beispiel die Forderung nach Parkraumbewirtschaftung dürfte auf den Widerstand des in Mitte zuständigen Stadtrats Carsten Spallek (CDU) stoßen, der eigentlich keine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Mitte mehr zulassen möchte. Und »einfache Lösungen«, wie das Auszeichnen von Tempo-10 oder Tempo-20-Zonen, führen in der Praxis vielleicht

zu erhöhtem Bu geldaufkommen, aber nicht immer auch zu reduzierter Geschwindigkeit: Schon jetzt ist ein motorisierter Verkehrsteilnehmer kaum in der Lage, den Schilderwald im Straßenraum tatsächlich zu erfassen.

Auch Einbahnstra enregelungen haben ihre Tücken (sie verleiten zu höherer Geschwindigkeit). Komplizierte Wegf hrungen, wie z.B. Quersperrungen von Kreuzungen oder gar Vollsperrungen von Straßen blocken zwar den Durchgangsverkehr, erzeugen aber gleichzeitig stärkeren Anliegerverkehr. Hinzu kommt, dass man bei Straßen mit »übergeordneter Bedeutung« (dazu gehören beispielsweise auch die Annenstraße oder der Engeldamm) für jede Maßnahme die Zustimmung der beim Senat angesiedelten »Verkehrslenkung Berlin« (VLB) benötigt – eine Behörde, die nicht gerade für Innovationsfreudigkeit und Entscheidungsschnelligkeit bekannt ist.

Häufig sind deshalb intelligente Lösungen erst im Dialog mit den Anwohnern zu entwickeln, die sich vor Ort einfach besser auskennen als die Planer.

Christof Schaffelder

Vorstellung der Verkehrsanalyse Nördliche Luisenstadt: Di, 11. März, 18.30 Uhr, Evangelische Schule Berlin-Zentrum, Wallstraße 32 (Forum)

Kommentar

Ende eines Wohnungsmarktmarchens

Der Immobilienmakler Dr. Bisser Stolarow war noch Jahre später äußerst stolz auf sich: Er hatte im Jahr 2002 das Berliner Zweckentfremdungsverbot zu Fall gebracht. Vor dem Verwaltungsgericht hatte er dagegen geklagt, dass ihm die Umwandlung einer Wohnung zu Gewerberaum in einem Sanierungsgebiet von Mitte verweigert wurde – und er erhielt Recht. So wurde das Gesetz, das bis dahin die Zweckentfremdung von Wohn- zu Gewerberaum unter Genehmigungspflicht gestellt hatte, für die gesamte Stadt gekippt. Nicht nur in Mitte, sondern in allen Innenstadtbezirken löste die Nachricht Entsetzen aus. Den Investoren standen ja längst Dollarzeichen in den Augen – insbesondere der Ostteil der Innenstadt war seit dem Mauerfall höchst attraktiv und Gewerbenutzungen lukrativer als Wohnmieten.

Doch schon zuvor war eine andere, große Umwandlungswelle angebrochen: spätestens seit 1999, als die steuerlichen »Sonderabschreibungen Ost« ausliefen, waren massenhafte Umwandlungen von Miet- zu Eigentumswohnungen nach Sanierung zu beobachten.

Beide Probleme waren politisch verursacht: Eigentumsbildung war das vielbeschworene Nachwendecredo der SPD-Wohnungspolitik. Und geradezu gebetsmühlenartig leierten der damalige Stadtentwicklungssenator Peter Strieder und seine Nachfolgerin Ingeborg Junge-Reyer (beide SPD) das Märchen von angeblich 100.000 leerstehenden Wohnungen, einem ganz entspannten Wohnungsmarkt und niedrigen Mieten herunter. Doch die absurde Leerstandsanzahl, die sich trotz Zuzugs über die Jahre merkwürdigerweise kaum veränderte,

war ein Fake: sie beruhte lediglich auf einer Angabe von Vattenfall über stillgelegte Stromzähler. Jeder konnte schon Mitte der 2000er Jahre wissen, dass insbesondere bezahlbare Mietwohnungen in der Innenstadt knapp wurden. Doch erst zahlreiche Proteste aus der Bevölkerung gegen die Wohnungsnot schreckte die Landespolitik vor der letzten Wahl auf – da war die Leerstandsquote schon längst unter die normale Fluktuationsrate von 3% gesunken.

Nun wurde vom Land Berlin endlich ein neues Zweckentfremdungsverbotsgesetz beschlossen. So ein Gesetz ist eine feine Sache – wenn es denn auch umgesetzt werden kann. Mit lediglich ein bis zwei zusätzlichen Mitarbeitern pro Bezirk, wie vom Senat ursprünglich vorgesehen, ist das angesichts der Größenordnung der Aufgabe eher ein Witz: Allein die Zahl der Ferienwohnungen wird auf 15.000 bis 25.000 geschätzt. Ganz zu schweigen von spekulativem Leerstand und gewerblichen Nutzungen.

Insofern ist das Angebot des Stadtrats Stephan von Dassel sinnvoll, eine »Task Force« zentral für alle Bezirke in Mitte einzurichten, mit 34 Mitarbeitern (siehe Interview Seite 6/7). Nicht nur deshalb, weil ein gut eingespieltes größeres und kompetentes Team wesentlich handlungsfahiger ist als einsame Mitarbeiter in einzelnen Bezirksverwaltungen. Sondern auch deshalb, weil es gerade in Mitte durch den enormen Investorendruck, der seit Anfang der 1990er Jahre auf dem Bezirk lastete, viel Erfahrung im Umgang mit juristischen Fallstricken gibt. Wohl kaum eine andere Bezirksverwaltung musste sich bei der Stadtentwicklung mit so vielen gerichtlichen Auseinandersetzungen herumschlagen und dabei auch bittere Niederlagen hinnehmen.

Aber selbst wenn es vorbildlich umgesetzt wird, reicht das neue Gesetz nicht aus, um die Folgen der politischen Fehler der Vergangenheit, die extrem steigenden Mieten und die Wohnungsnot zu mildern. Es fehlt angesichts des Bevölkerungszuwachses an Wohnungsneubau und auch an einer Umwandlungsverordnung, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in besonders betroffenen Gebieten unter Kontrolle stellt. us

Bildecke



Danke unserem Leser Peter Barz für dieses wunderbare Foto!

Stadtrat im Interview

Stephan von Dassel zur »Task Force« gegen Zweckentfremdung und zur Räumung der Eisfabrik

Seit Januar gilt für Berlin ein neues Gesetz zum Zweckentfremdungsverbot (siehe Seite 5). Demnach ist die Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen und oder Gewerberaum wieder genehmigungspflichtig. Für die Genehmigungsverfahren sind die Bezirke zuständig. Der Bezirk Mitte hat nun den Vorschlag gemacht, diese Genehmigungsverfahren für alle Bezirke gesammelt zu übernehmen. Ein Interview mit Stephan von Dassel (Bü9o/Grüne), Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste in Mitte

Über den Jahreswechsel waren Sie in den Medien gleich mit zwei Themen präsent: Eines davon war Ihr Vorschlag, im Bezirk Mitte eine bezirksübergreifende »Task Force« für die Durchsetzung des neuen Zweckentfremdungsverbots aufzubauen. Wie kamen Sie auf diese Idee? Jeder Bezirk in Berlin sollte ja höchstens zwei zusätzliche Stellen für diese Aufgabe bekommen. Das reicht aber bei weitem nicht. Denn in der Praxis werden sich die Mitarbeiter um viele Angelegenheiten kümmern müssen: nicht nur um Ferienwohnungen, sondern auch um Leerstand und Wohnungen, die für Gewerbe zweckentfremdet werden. Zu klären ist, wo Genehmigungen ausgesprochen werden können und wo nicht. Wir brauchen hier auch juristisch versierte Fachleute, denn die Bescheide, die wir erteilen, müssen vor Gericht Bestand haben. Mit ein oder zwei Mitarbeitern in jedem Bezirk ist das schlicht nicht zu leisten. Insgesamt soll es nun für alle Bezirke 17 neue Stellen geben, die öffentlich ausgeschrieben werden können. Das ist deutlich zu wenig. Als das frühere Zweckentfremdungsverbot 2002 aufgehoben wurde, waren allein in den drei Bezirken Pankow, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg zusammen rund 100 Mitarbeiter mit dieser Aufgabe befasst, und damals galt das Gesetz noch nicht mal für Ferienwohnungen! Wir wollen deshalb, dass aus dem Personalüberhang des Landes Berlin noch zusätzlich 17 Mitarbeiter zu dieser Arbeitsgruppe versetzt werden, denn gerade am Anfang wird die Arbeitsbelastung enorm sein. Ich bin sicher, dass sich da motivierte und qualifizierte Mitarbeiter finden lassen.

**Zweckentfremdung:
»Wir werden auf die Unterstützung aus
der Bevölkerung angewiesen sein«**

Das wären dann 34 Stellen, für eine Stadt mit schätzungsweise 15.000 bis 25.000 Ferienwohnungen. Das klingt immer noch ziemlich wenig. Natürlich werden die Mitarbeiter nicht auf der Straße nach Zweckentfremdung Ausschau halten können. Wir werden auf die Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen sein, die uns entsprechende Mitteilungen macht. Nach meinem Eindruck werden das auch viele tun, denn von den Zweckentfremdungen gehen ja häufig auch Störungen für die Mieter in der Nachbarschaft aus. Zudem lässt sich im Internet recherchieren, wo Ferienwohnungen angeboten werden. Und dann müssen die Mitarbeiter auch Prioritäten setzen, wo lokal verstärkter Handlungsbedarf besteht – in den Außenbezirken sicherlich weniger als in den Innenstadtbezirken.



Vermieter von Ferienwohnungen versehen die Klingelschilder gern mit prägnanten Codes: mal sind es Namen berühmter Fußballer, mal sind sie eher – wie im Bild – künstlerisch inspiriert.

Wie reagieren die anderen Bezirke auf Ihren Vorschlag, und wie viel Zeit brauchen Sie für die Vorbereitung?

Fünf von elf Bezirken haben bereits positiv reagiert, von den anderen erwarte ich bald eine Rückmeldung. Im Grunde sind doch alle froh, wenn sie diese Aufgabe nicht selbst und allein schultern müssen. Wir brauchen allerdings einige Monate für die Vorbereitung. Die Stellen müssen ausgeschrieben und besetzt, Räume mit moderner Technik eingerichtet werden – und vor allem müssen wir ein gerichtsfestes Genehmigungsverfahren für die Umsetzung entwickeln. Nichts wäre schlimmer, als wenn erlassene Bescheide wegen eines Formfehlers irgendwann für ungültig erklärt werden. Deshalb erwarten wir vom Senat, dass er mit dem formalen Erlass der entsprechenden Verordnung bis zum Sommer wartet.

Gibt es eigentlich Beispiele für andere bezirksübergreifende Arbeitsgruppen?

Durchaus, zum Beispiel beim Kindergeld für die Landesbeschäftigten, beim zentralen Fundbüro oder bei den Bußgeldern für Auto-wracks, das alles macht jeweils ein einzelner Bezirk für ganz Berlin. Das ist geübte Praxis, aber in einem so »politischen« Bereich wie der Zweckentfremdung wäre das Neuland.

Das heißt, dass Sie und der Bezirk Mitte in diesem Bereich administratives Neuland betreten, was auch Risiken birgt...

Ja. Viele haben mich auch vor diesem Schritt gewarnt, weil er sehr viel Ärger einbringen kann. Aber ich halte das für die sinnvollste Lösung – und letztlich bin ich ja in die Politik gegangen, weil ich gestalten will.

Der andere Fall, der zum Jahreswechsel durch die Medien ging und für den Sie dann als Sozialstadtrat zuständig waren, war die Räumung der ehemaligen Eisfabrik in der Köpenicker Straße. Das Bezirksamt hatte per Gericht den Eigentümer des Grundstücks zu dessen Sicherung verpflichten lassen. Die 23 Bulgaren, die seit zwei Jahren in dem seit vielen Jahren leerstehenden und verfallenden Fabrikgebäude gewohnt hatten, mussten aber – so entschied ebenfalls das Gericht – durch den Bezirk untergebracht werden. Waren Sie überrascht von der Entscheidung? Mehr über den Zeitpunkt als über den Inhalt. Die Nachricht erwischte mich an Weihnachten im Allgäu mit extrem schlechtem Handyempfang. Wir gingen davon aus, dass ein Gerichtsbeschluss erst nach der Weihnachtspause ergehen würde. Inhaltlich folgte das Verwal-

tungsgericht ja der Auffassung des Bezirksamts: der Eigentümer der Eisfabrik wurde zur Sicherung des Grundstücks verpflichtet, da dieses eine Gefahr für Leib und Leben darstellt. Unklar war aber, wie weit die vom Gericht verordnete Unterbringungspflicht für die bisherigen »BewohnerInnen« geht. Wir brachten die Betroffenen dann zunächst für zehn Tage in Hostels unter. Danach bekamen alle von uns ein Info-Paket zu Anlaufpunkten: Jobcenter, Notunterkünfte, Sozialamt, Jobpoints für befristete Tätigkeiten.

Eisfabrik: »Bewohner haben Anspruch auf Unterbringung«

Inzwischen haben wir uns mit der Senatsverwaltung und den Bezirken verständigt, dass ein Verweis auf Notunterkünfte jedoch nicht ausreicht. Die Betroffenen haben ein Anrecht auf Unterbringung durch den Bezirk. Sofern sie das können, müssen sie sich allerdings an den Kosten beteiligen. Denn das Gericht wertete deren zweijährige Unterkunft in der Eisfabrik als Wohnen und stellte fest, dass sie somit nach der Räumung »unfreiwillig obdachlos« waren. Wer aber legal nach Deutschland einreist und keine Unterkunft hat oder finanzieren will, gilt dagegen als »freiwillig obdachlos«. Hier sind die Bezirke nicht zu Unterbringung verpflichtet. Im Fall der Eisfabrik war es anders. Aber der Bezirk ist nicht dazu verpflichtet, die Gruppe auch gemeinschaftlich unterzubringen, was sie jedoch einforderte. Sofern die Menschen in existentieller Not sind, sollten sie als erstes ihre sozialhilferechtlichen Ansprüche klären lassen.

Aber sie haben doch nicht das Recht auf Hartz IV, wenn sie noch nicht in die deutschen Sozialkassen eingezahlt haben – außerdem haben sie ja derzeit keine Meldeadresse.

Die Frage der Meldeadresse ist das kleinste Problem. Richtig ist, dass es im Moment völlig unklar ist, welche EU-BürgerInnen wann einen Anspruch auf Leistungen des Jobcenters haben. Sofern jemand ein Jahr sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, ist klar, dass er bei Arbeitslosigkeit Leistungen der Arbeitsagentur beanspruchen kann. Für alle anderen Konstellationen gibt es die unterschiedlichsten Entscheidungen der Jobcenter und vor allem der Sozialgerichte. Jetzt hat sogar das Bundessozialgericht diese Frage an den Europäischen Gerichtshof verwiesen. Besonders schwierig ist es natürlich, wenn die Menschen offiziell selbstständig sind.

Wenn beispielsweise ein Bulgare belegen kann, mit Pfandflaschensammeln rund 500 Euro im Monat zu verdienen, dann kann er zum Jobcenter gehen und Aufstockung für sich und seine Familie beantragen? 500 Euro wird er wohl eher als Musiker denn als Flaschensammler verdienen. Ergänzende Leistungen des Jobcenters sind aber in solchen Fällen nicht ausgeschlossen. Völlig unklar ist, ab welchem Einkommen eine selbstständige Tätigkeit glaubhaft ist. Sicherlich eher, wenn nur 100 Euro zum Lebensunterhalt fehlen, als wenn nur 50 Euro im Monat verdient werden. Ein Vorteil von Leistungen durch das Jobcenter wäre, dass sich die Menschen im den normalen »Fördern und Fordern-Kreislauf« der Jobcenter befänden. Das Jobcenter könnte dann verlangen, dass Sprachkurse oder andere Schulungen besucht werden. Und es könnte Menschen helfen, die nur deshalb hilfebedürftig sind, weil sie Hungerlöhne bekommen oder sie gar um den ganzen Lohn betrogen werden. Wenn die Europäische Union aber nicht irgendwann auch eine soziale Union mit einigermaßen gleichen Lebensbedingungen wird, werden wir immer Probleme wie die in der Eisfabrik bekommen. Da hilft auch die ziemlich widerliche und vor allem rechtlich nicht haltbare Kampagne der CSU nicht weiter.

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich



Die Eisfabrik Anfang Januar. Inzwischen werden die Eingänge zugemauert.

»Man muss die Menschen in Lohn und Brot bringen«

Ein Interview mit Bosiljka Schedlich über die Einwanderung von Roma nach Berlin. Bosiljka Schedlich ist Geschäftsführerin des »südost Europa Kultur e.V.«, der seit über 20 Jahren Flüchtlinge und Einwanderer aus Südosteuropa betreut, darunter auch viele Roma. Für seine beispielhafte Integrationsarbeit wurde der Verein mit vielen Preisen ausgezeichnet, unter anderem der Louise-Schröder-Medaille des Berliner Abgeordnetenhauses.

Frau Schedlich, das Thema osteuropäischer Migranten ist derzeit sehr eine große und auch politisch hochgekochte Debatte. Wie viele Roma leben eigentlich in Berlin?

Das ist schwer zu sagen. Die Statistik berücksichtigt die Staatsbürgerschaft, nicht aber die ethnische Zugehörigkeit. Und die meisten Roma zeigen nach außen nicht, dass sie Roma sind, aus Furcht vor Diskriminierung – auch in den Herkunftsländern ist das häufig so. Es gibt zum Beispiel auch türkischsprachige, muslimische Roma in Bulgarien, die sich aber meist als Angehörige der ethnischen türkischen Minderheit bezeichnen. Im »südost Europa Kultur e.V.« spielt die Herkunft aber keine Rolle. Wir behandeln jeden Menschen grundsätzlich als eigenständiges Individuum.

Wie sind die Roma in der deutschen Gesellschaft angekommen?

Die Integration der hier lebenden Roma verlief sehr unterschiedlich. Wir müssen zwischen mehreren Einwanderungswellen unterscheiden. In den 1960er Jahren kamen die ersten Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien hierher. Sie hatten Arbeit und waren in Wohnheimen untergebracht. Diese Gruppe konnte sich problemlos integrieren. Nach dem Tod des damaligen jugoslawischen Regierungschefs Josip Broz Tito begann in den 80er Jahren die erste Vertreibungswelle von Roma aus dem Kosovo und dann, 1991 – also noch vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs – die Vertreibung aus Bosnien. Dort waren zuerst vor allem wohlhabende Roma betroffen: Paramilitärs hatten es auf deren Häuser abgesehen.

Vor dem Bürgerkrieg suchten viele Roma Schutz in Deutschland, durften als Flüchtlinge jedoch nicht arbeiten, was sie sehr frustrierte. Aber auch diese Gruppe kam noch relativ gut in der deutschen Gesellschaft an. Unter Tito, im sozialistischen System, war die Schulbildung noch flächendeckend, es gab Arbeit, und die Menschen hatten auch die Perspektive, sich in die Gesellschaft einzubringen.

»Niemand ist gern auf der Flucht.

Wer seine Heimat verlässt, tut das meist in extremen Krisensituationen«

Auffällig ist, dass viele Personen, die die Integration geschafft haben, sich nicht als Roma zu erkennen geben, aus Angst vor Diskriminierung. Dabei wären gerade sie als Vorbilder so wichtig für andere! Die Situation der Roma hat sich in den Herkunftsländern aber seitdem sehr verschlechtert, es gibt keine Arbeit mehr für sie und oft auch keine Schulbildung. Viele jüngere Roma sind Analphabeten. Viele leben in Zuständen, die man in Europa eigentlich nicht mehr für möglich halten würde. Die Zuwanderer von heute kommen oft



Ch. Eckelt

ohne Arbeit und ohne Unterkunft. Dadurch werden sie auch in der Öffentlichkeit sichtbarer – wenn sie zum Beispiel betteln gehen oder Pfandflaschen sammeln. Der Schwarzmarkt floriert. Skrupellose Eigentümer vermieten zu hohen Preisen an die Einwanderer, die oft in völlig überbelegten Wohnungen leben. Das führt zu nachvollziehbaren Problemen etwa mit der Nachbarschaft, für die Lösungen gefunden werden müssen.

Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit dieser Situation umgehen?

Niemand ist gern auf der Flucht. Wer seine Heimat verlässt, tut das meist in extremen Krisensituationen. Und nur bestimmte Menschen wagen diesen Schritt überhaupt. Das sind Menschen mit Energie und Risikobereitschaft und auch dem notwendigen Geld für die Reise. Wenn die Gesellschaft klug ist, dann wird sie die Kraft dieser Menschen zu nutzen wissen. Wer eine reale Chance bekommt, nutzt sie in der Regel auch. Am Anfang steht aber die existenzielle Grundlage. Man muss die Menschen in Lohn und Brot bringen. Denn wer arbeitet, der bringt auch seine Kinder in die Kita und in die Schule. Wer jedoch von Almosen leben muss, kann nur an das kurzfristige Überleben denken. Ich habe die Hoffnung, dass sich die Situation vieler Roma verbessern wird, weil sie jetzt die Möglichkeit haben, sich hier in Deutschland eine reguläre Arbeit zu suchen.

Wie unterstützen Sie die Menschen konkret?

Wir beraten, betreuen und begleiten die Menschen in die Regeldienste, wir führen unterschiedliche Bildungs- und Integrationsangebote durch. Kinder und Jugendliche wollen wir natürlich besonders fördern. In unserem Jugendprojekt erhalten die Heranwachsenden wichtige Wissensgrundlagen, die sie dazu befähigen sollen, eine reguläre Schule zu besuchen oder eine Berufsausbildung zu beginnen. Sie lernen, über unsere Gesellschaft zu reflektieren und sich in ihr zu orientieren.

Das allgemeine Problem der Armut und der Diskriminierung muss meiner Meinung nach vor allem in den Herkunftsländern gelöst werden. Dazu sind weiterhin EU-Fördermittel und der politische Wille notwendig – und vor allem gut ausgebildete Menschen.

Das Interview führten Nathalie Dimmer und Christof Schaffelder

Reichen die Grundschulplätze?

Das Schulamt und die Abteilung Stadtentwicklung des Bezirks Mitte sind unterschiedlicher Auffassung



Ch. Eckelt

Seit nunmehr acht Jahren steht die Grundschule in der Adalbertstraße 53 leer. Denn im Januar 2008 zog die City-Grundschule an ihren jetzigen Standort in der Sebastianstraße 57. Dort werden seitdem auch die Kinder aus dem Gebiet Nördliche Luisenstadt eingeschult. Was mit dem alten Schulgebäude in der Adalbertstraße passieren soll, ist seitdem unklar. Auch innerhalb des Bezirksamts Mitte ist der Umgang mit dem Grundstück umstritten: Das Schulamt hat diesen Standort in seinen Planungen nicht mehr vorgesehen, in der Abteilung Stadtentwicklung dagegen hält man das für einen großen Fehler. Denn die Schülerzahlen in der Luisenstadt und den angrenzenden Bereichen werden in den nächsten Jahren stark ansteigen.

Wohnungsneubau und Bevölkerungswachs

Zahlreiche Neubauvorhaben werden dort in den nächsten Jahren realisiert. Der »Stadtentwicklungsplan Wohnen« sieht in dem zum Bezirk Mitte gehörigen Teil der Luisenstadt ein realistisches Potenzial von 2000 neuen Wohnungen bis zum Jahr 2020, im direkt angrenzenden Friedrichshain-Kreuzberger Gebiet »Oberspree« gar von 4400 Wohnungen. Nördlich der Spree, im Gebiet »Historische Mitte/Alexanderplatz« sind es 2500 Wohnungen. Rechnet man noch die in den zentralen Stadtteilen Berlins zahlreichen Ferienwohnungen hinzu, die ja bis spätestens 2016 wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen sollen, kann man in dem Gebiet zwischen Oberbaumbrücke und Alexanderplatz von rund 10.000 zusätzlichen Wohnungen im Jahr 2020 ausgehen. Legt man den Berliner Durchschnitt zugrunde, müsste dort in den nächsten Jahren mit ca. 1000 zusätzlichen Grundschulkindern gerechnet werden, – für die mindestens zwei neue Grundschulen erforderlich wären. Deshalb wäre es fahrlässig, jetzt einen Schulstandort ausgerechnet im Zentrum dieses Bereichs völlig aufzugeben. Denn Schulneubauten benötigen große Flächen, auch für Pausenhöfe und Sportanlagen, und lassen sich nicht einfach in irgendeiner Baulücke unterbringen.

Im Schulamt sieht man das allerdings gelassener. Knapp 30% der Schüler der City-Grundschule kämen ja nicht aus Mitte, sondern vor allem aus Friedrichshain-Kreuzberg, so beantwortete das Schulamt eine Anfrage unserer Zeitung. Deshalb sei noch genügend Potenzial für Kinder aus Mitte vorhanden, denn die Kreuzberger müsse man ja nicht aufnehmen. In die drei Grundschulen im südlichen Altbezirk Mitte (neben der City- auch die Guts-Muths-Grundschule und die Schule am Brandenburger Tor) würden zudem aktuell weniger als

die Hälfte der dort wohnenden Grundschulkindern in die Regelschule des Einschulungsbereiches gehen. Stattdessen nähmen alleine im (nördlichen) Ortsteil Mitte vier Privatschulen Schüler ab der ersten Klasse auf. Rund ein Zehntel der Schüler, die im Bezirk Mitte leben, würden inzwischen Privatschulen besuchen.

Schulen sind bereits überfüllt

Direkt aus dem Einzugsbereich der City-Grundschule lägen derzeit nur 36 Anmeldungen für die Einschulung im August vor, berichtet das Schulamt: Drei Anträge kommen aus angrenzenden Bereichen in Mitte, weitere 36 aus Kreuzberg-Friedrichshain. Die Schule kann rund 70 Erstklässler aufnehmen. Aber direkt gegenüber der Schule errichtet die Wohnungsbaugenossenschaft Berolina in der Sebastianstraße insgesamt 95 größere Neubauwohnungen, die schon im Herbst vorwiegend von Familien bezogen werden sollen. Allein dieser Neubau könnte der Schule durchaus mehrere Dutzend Neuanmeldungen in den verschiedenen Klassenstufen bescheren. Über zusätzliche Raumkapazitäten verfügt die City-Grundschule jedoch nicht: eigentlich ist sie für 16 Schulklassen ausgelegt, unterrichtet aber tatsächlich inzwischen bereits 18 Klassen.

Die aktuelle Bevölkerungsprognose der Senatsabteilung für Stadtentwicklung und Umwelt rechnet jedenfalls mit einem deutlichen Zuwachs an Kindern im schulpflichtigen Alter auch in diesem Einzugsgebiet. Zwischen Ende 2011 und 2020 wird demnach die Zahl der Kinder zwischen 6 und unter 15 Jahren im Bereich Zentrum (der außer dem Ortsteil Mitte auch noch den südlichen Tiergarten umfasst) um 44% anwachsen. Und die reale Bevölkerungsentwicklung in der Zwischenzeit deutet sogar noch ein stärkeres Wachstum an. Eine ähnliche Dynamik erfasst voraussichtlich auch Friedrichshain-Kreuzberg – insbesondere entlang der Spree. Rechnet das dortige Schulamt ähnlich gelassen wie das in Mitte, dann werden die Familien im bezirksübergreifenden Stadtraum schon in wenigen Jahren vor großen Problemen stehen: Denn auch in Kreuzberg schicken zahlreiche Eltern bislang ihre Kinder nicht in die staatlichen Schulen ihres Einzugsbereiches, sondern zum Beispiel nach Mitte.

Im Auftrag der Abteilung Stadtentwicklung wird derzeit eine detaillierte Studie über die geplanten Neubauten, die Bevölkerungsentwicklung und die voraussichtliche Schülerzahl in der nördlichen Luisenstadt erarbeitet. Diese Zeitung wird über die Ergebnisse informieren.

Christof Schaffelder



Zwischen Jannowitzbrücke und Engelbecken

Die Nördliche Luisenstadt ist seit 2011 ein Sanierungsgebiet – aber was bedeutet das eigentlich?

Hier trifft vieles aufeinander. Mitte und Kreuzberg, Altmietler und Neuzügler, Käufer teurer Eigentumswohnungen, Kulturprojekte, Touristen, Clubszene. Neubauten, Altbauten, Plattenbauten, alte Fabrikgebäude, aufgelassene Brachen, Gewerbeflächen. Seit Jahren sind die Lagen um das Spreeufer äußerst begehrt, der Investitionsdruck auf das historische Gebiet zwischen Jannowitzbrücke und Engelbecken ist groß. Damit das Land Berlin und der Bezirk Mitte das Geschehen hier besser steuern können, sind seit März 2011 deshalb Teile der Nördlichen Luisenstadt zum Sanierungsgebiet erklärt worden. Damit werden einerseits beträchtliche Fördermittel für Investitionen in den öffentlichen Raum und für öffentliche Einrichtungen bereit gestellt (überwiegend aus dem Bund-Länder-Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz«). Andererseits gelten somit auch besondere Genehmigungsverfahren für Neubauten, Sanierungen, Grundstücksverkäufe und Gewerbenutzungen.

Nicht nur die unmittelbaren Anwohner des Gebietes, sondern auch die der Umgebungsbereiche werden dabei in besonderer Weise einbezogen: Aktuelle Planungen und Projekte werden in öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert.

Außerdem wurde 2012 auf einer öffentlichen Bürgerversammlung eine Betroffenenvertretung (BV) gewählt, die die Interessen und Anliegen insbesondere von Anwohnern und Gewerbetreibenden, aber auch Grundstückseigentümern und sozialen oder kulturellen Projekten in den Entwicklungsprozess einbringen soll. Die BV ist grundsätzlich für alle Interessierten und Gäste offen. Die Sprecher der BV nehmen außerdem am monatlich tagenden Sanierungsbeirat teil, auf dem mit allen Planungsbeteiligten – Vertretern von SenStadtUm, der bezirklichen Sanierungsverwaltung und den Gebietsbeauftragten – aktuelle Entwicklungen und Vorhaben besprochen werden.

Das Sanierungsgebiet erstreckt sich entlang der Köpenicker Straße im Gebiet zwischen Michaelkirchstraße, Spree, Engeldamm und Melchiorstraße sowie westlich davon einem schmalen Streifen entlang der Spree bis fast zur Inselbrücke (siehe Karte). Aus derselben Förderkulisse »Städtebaulicher Denkmalschutz« wie für das Sanie-

rungsgebiet werden seit 2005 auch Maßnahmen im »Fördergebiet Luisenstadt« finanziert, das außer dem Sanierungsgebiet im Bezirk Mitte auch noch den Bereich südlich der Melchiorstraße (und in Kreuzberg weiter bis zur Gitschiner / Skalitzer Straße sowie zur Mantuffelstraße) und einen Bereich um das Märkische Museum und die Rungestraße umfasst.

Für das Sanierungsgebiet sind zwei zentrale Ziele benannt: die »Reurbanisierung des innerstädtischen Gebietes« und die »Erschließung des Spreeufers«. »Reurbanisierung« bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem die Entwicklung der heute häufig untergenutzten oder brachliegenden Grundstücke zu funktional gemischten Stadträumen. Dazu werden für den Holzuferblock an der Spree und den westlichen Block an der Melchiorstraße detaillierte Konzepte entwickelt, die dann zur Grundlage für die Genehmigung von Bauvorhaben werden. Besonderes Augenmerk gilt dabei der »Spreefront«, in der auch weiterhin Nutzungen von überörtlicher Bedeutung angestrebt werden. Öffentliche Mittel sollen aber auch in die Aufwertung des Straßenraumes der Köpenicker Straße investiert werden, die sich von einer Hauptverkehrsstraße zu einer »städtischen Magistrale mit Aufenthaltsqualität« entwickeln soll, sowie in die weitere Qualifizierung der Michaelkirchstraße als Teil eines grünen Wegenetzes.

Um das zweite Ziel umzusetzen, die Erschließung des Spreeufers, soll ein durchgängiger öffentlicher Uferweg entstehen, der sich auch hinter der Schillingbrücke auf Kreuzberger Gebiet fortsetzen soll. Er soll durch insgesamt drei Zuwegungen im Holzuferblock mit der Köpenicker Straße verbunden werden. Das geht allerdings nur über die Neuordnung von Grundstücken, für die das Sanierungsrecht die juristische Handhabe bietet. Langfristig ist zudem die Wiedererrichtung der Waisenbrücke zwischen dem Märkischen Museum und der Littenstraße geplant, auch der Ausbau der Schiffsanlegestelle soll überprüft werden.

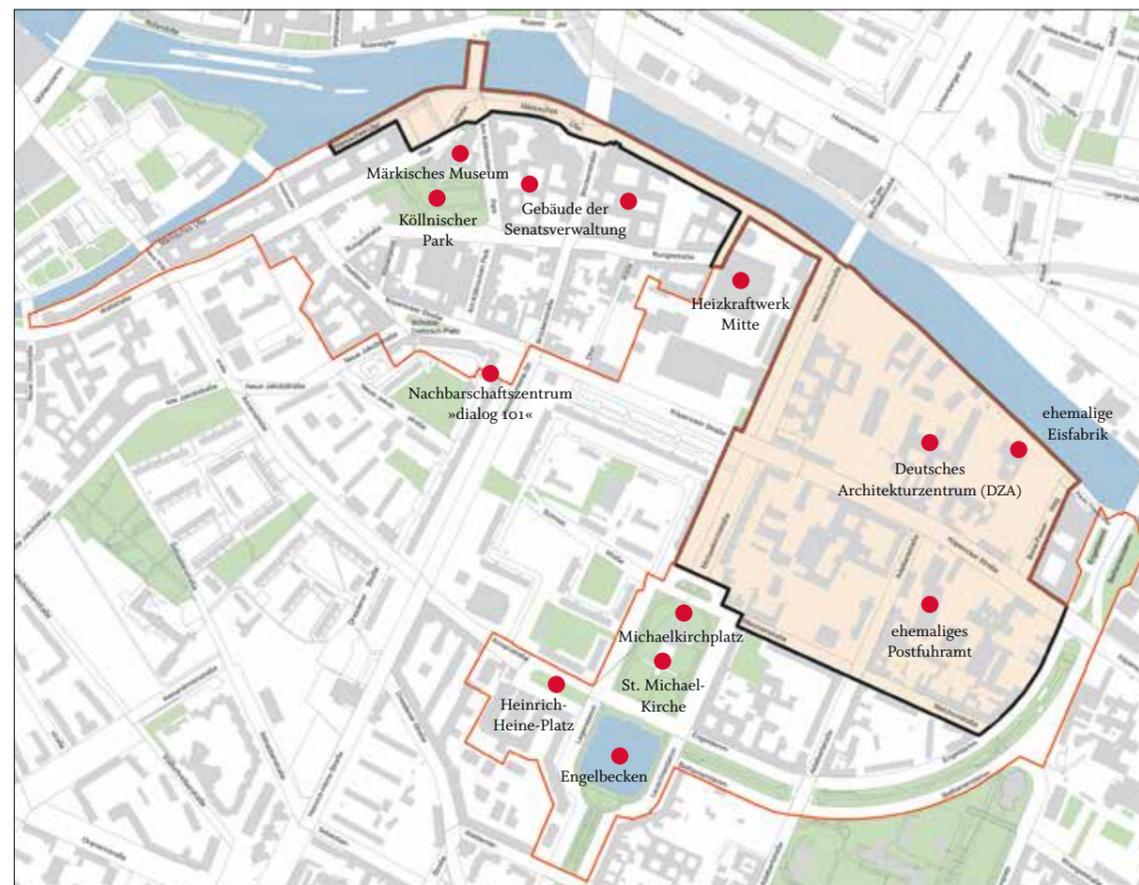
Ein weiteres Sanierungsziel ist es, die Adalbertstraße 53 mit der leerstehenden Plattenbauschule als Standort für soziale Infrastruktur vorzuhalten (siehe auch Seite 9). In Anbetracht des zu erwartenden Bevölkerungswachstums ist die Entwicklung der sozialen Infrastruktur im Gebiet generell ein wichtiges Thema.

Für die BV des Sanierungsgebietes hat die Frage, was mit der Schule passieren soll, derzeit hohe Priorität. Entschieden wehrt sie sich gegen alle Bestrebungen, das Grundstück zu privatisieren. Die BV kann und darf sich auch politisch artikulieren: etwa in dem sie Beschlüsse fasst und weiterleitet oder indem sie sich mit der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und politischen Entscheidungsträgern direkt und öffentlich auseinandersetzt.

Dagegen sind die Mitarbeiter der Bezirks- und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur politischer Neutralität verpflichtet. Sie sind vor allem dafür zuständig, Planungen in Abstimmung mit anderen Beteiligten zu entwickeln und umzusetzen. Die Mitarbeiter des »Koordinationsbüros für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP)« wiederum übernehmen als »Gebietsbetreuer« im Sanierungsgebiet zahlreiche organisatorische, konzeptionelle und kommunikative Aufgaben, unter anderem auch die Moderatorenrolle: Im Dialog mit Verwaltung, Grundstückseigentümern und Anwohnern suchen sie nach gangbaren Wegen, wie die Sanierungsziele konkret umzusetzen sind.

Das ist in der Köpenicker Straße mit ihren Extremen keine einfache Aufgabe. cs

Die Kontaktadressen der Sanierungsbeteiligten und die Termine der BV finden Sie auf Seite 11 dieser Zeitung.



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsbereiche

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Dr. Elke Pistorius, Te 901 84 57 79
elke.pistorius@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, jedoch schon am 11. Februar!
10179 Berlin, direkt am U-Bahneingang Heinrich-Heine-Straße
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, mail: vhoerack@gmx.de
bzw: bv.luisenord@gmail.com

Bürgerverein Luisenstadt
Michaelkirchstraße 7, 10179 Berlin,
Tel 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: mittwochs 14–17 Uhr

Gefördert durch:
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

Städtebaulicher Denkmalschutz

BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN

berlin
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Stillstand für die Eisfabrik

Schwarz gähnen Fensterlöcher, die Räume sind mit Graffiti übersät, die alten Maschinen und technischen Anlagen teils demontiert. Die ehemalige Eisfabrik in der Köpenicker Straße ist seit vielen Jahren dem Verfall preisgegeben.

Inzwischen sind die Erdgeschosszugänge zugemauert und mit Zäunen abgesperrt, an denen Schilder auf Deutsch und Bulgarisch verkünden, dass das Betreten des Geländes verboten ist. Ein Sicherheitsdienst bewacht das Areal.

Wer im letzten Jahr das Gebäude betrat, erlebte eine bizarre Szenerie. In den aufgelassenen Fabrikräumen hingen Wäscheleinen, hier und da sah man Gebrauchsgegenstände und Tüten mit Habseligkeiten. Mehr als 20 Menschen hatten sich hier notdürftig eingerichtet, bulgarische Zuwanderer, die bereits seit eineinhalb Jahren hier hausten – ohne Heizung, warmes Wasser, Toiletten. Eine Frau war hochschwanger. Etliche der Eisfabrik-Siedler lebten vom Flaschensammeln, so berichten es Anwohner.

Die Räumungsgeschichte

Das öffentliche Interesse für diesen Ort hatte sich bis Weihnachten eher in Grenzen gehalten. Doch über die Feiertage geriet das alte Fabrikgelände plötzlich bundesweit in die Schlagzeilen, auch aufgeheizt durch die unsägliche CSU-Kampagne gegen bulgarische und rumänische Zuwanderer.

Der Bezirk Mitte hatte – nachdem es zwei Jahre hin und her gegangen war – schließlich den Eigentümer des Grundstücks aufgefordert, das Fabrikareal endlich zu sichern, weil Gefahr für Leib und Leben bestand (siehe auch Interview Seite 6/7). Schon vor den Bulgaren hatte es illegale Parties etc. auf dem Areal gegeben. Die Bauaufsicht des Bezirkes hatte die Sicherung angeordnet, der Eigentümer wehrte sich dagegen vor Gericht. Das verfügte in einem Eilbeschluss, dass der Eigentümer – die Immobiliengesellschaft Telamon GmbH – zur Sicherung des Areals verpflichtet sei. Andererseits verpflichtete das Gericht aber auch den Bezirk, die Zuwanderer anderweitig unterzubringen: Weil sie schon seit zwei Jahren dort lebten, seien sie durch die Räumung unfreiwillig obdachlos geworden.

Zuvor hatte der Präventionsbeauftragte des Bezirkes, Heinz Nopper, bereits die hochschwangere Frau bei einer kirchlichen Einrichtung mit Wohnraum versorgt.

Nachdem die Bulgaren vom Bezirk vorübergehend in Hostels untergebracht worden waren und danach zwei Tage die ver.di-Zentrale besetzten, begleitet von einer Unterstützergruppe, gab es einiges Hin und Her mit dem Bezirk, der Beratungsangebote machte, sich über die juristische Lage aber auch erst Klarheit verschaffen musste.

Vorgeschichte eines Industriedenkmal

Hintergrund ist aber auch die etwas komplizierte Vorgeschichte der Eisfabrik: Carl Bolle, der im Jahr 1865 die »Norddeutschen Eiswerke« gegründet hatte, ließ im Jahr 1914 die uns heute bekannte Eisfabrik errichten – damals eine technische Revolution mit ihren Kühlkammern. Erst 1995 wurde der Betrieb stillgelegt. Die Treuhand-Lie-



Ch. Eckelt

genschaftsgesellschaft des Bundes übernahm das Areal – und ließ es verfallen. 2006 war dann plötzlich von Abriss die Rede, obwohl das Gebäudeensemble inzwischen unter Denkmalschutz stand. Der Abbruchantrag, den die TLG damals für die Fabrikgebäude gestellt hatte, weil ihr eine Sanierung zu aufwendig war (und sie wohl auch keine Idee für mögliche künftige Nutzungen hatte), wurde jedoch vom Bezirk mit Verweis auf den Denkmalschutz abgelehnt.

Ohnehin war die TLG seit den 90er Jahren dafür bekannt, völlig unfähig zur Bewahrung und Entwicklung solcher Industriedenkmal zu sein. Also tat sie, was sie in solchen Fällen meist tat: sie bot die Liegenschaft zum Verkauf an. Einen Teil des Areals mit den Fabrikgebäuden erwarb dann die Telamon GmbH, die schon das »Radialsystem« am anderen Spreeufer entwickelt hatte und auch in der Eisfabrik einen Kulturort entwickeln will. Telamon hätte gern das gesamte Areal erworben. Doch der andere Grundstücksteil blieb bei der TLG, die dann die dortigen Kühlhäuser abreißen ließ. Seitdem passiert nichts mehr – abgesehen von der Räumung und Sperrung der Fabrik. Auch der Telamon ist es bisher nicht gelungen, einen Kulturstandort zu entwickeln.

»Es herrscht Stillstand auf dem Gelände«, sagt Peter Schwoch, der seit über 20 Jahren im Vorderhaus vor der Fabrik wohnt. Er gründete er die »Initiative Eisfabrik« zusammen mit anderen Mitstreitern, um dieses einzigartige Industriedenkmal zu retten, und ist auch aktiv in der Betroffenenvertretung. Er macht sich insbesondere Sorgen um die Substanz der Fabrik, deren technische Anlagen inzwischen ziemlich ausgeweidet wurden – mit Metallschrott kann man Geld verdienen.

Zunächst, so Peter Schwoch, habe die Telamon ja ein wenig in eine notdürftige Instandsetzung investiert, so dass man die Eisfabrik kulturell nutzen konnte. Bevor die Bulgaren hier siedelten, habe es hier auch Parties gegeben. Im Lauf der Zeit wurde die Fabrik dabei aber immer mehr ruiniert. »Alle haben dort viel Schaden angerichtet.«

Die Zuwanderer, die hier seit zwei Jahren lebten, wurden akzeptiert. Sie hätten alles Mögliche verwertet, weil sie kaum Einkommen hatten, sagt Peter Schwoch. »Da sagt man ja nichts. Aber die Grenze ist erreicht, wenn auch die historische Kältemaschine ausgeweidet wird.« Zudem wuchs die Brandgefahr auch für die Anwohner, weil in der Eisfabrik alles Mögliche wild verheizt wurde.

Die Eisfabrik ist nur ein Beispiel. Gerade in der Nördlichen Luisenstadt gibt es etliche Industriedenkmal und Industriebrachen, deren Zukunft völlig unklar ist. Gleichzeitig wächst der Druck auf diese Areale in Spreenähe enorm. Viele Medien schreiben jetzt große Artikel über die Potenziale des Gebiets rund um die Köpenicker, das seit einigen Jahren als hip gilt. Und damit wächst der Druck weiter. us